



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. März 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 615 Anfrage Müller Pius und Mit. über das Projekt Seetalplatz und den geplanten Umzug von Dienststellen nach Emmen / Finanzdepartement

Die Anfrage A 615 und das Postulat P 639 von Pius Müller über den Umzug der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) an den Seetalplatz werden als Paket behandelt. Pius Müller ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion. Folgende Anträge liegen zum Postulat P 639 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Pius Müller hält an seinem Postulat fest.

Pius Müller: Am 28. November 2021 hat das Luzerner Stimmvolk mit 64,9 Prozent Jastimmen dem Verwaltungsgebäude am Seetalplatz zugestimmt. Es beschäftigt mich noch heute, warum die Regierung meine beiden Vorstösse zum Umzug der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) an den Seetalplatz nicht in der Juni-Session 2021 behandeln konnte. In der Juni-Session 2021 wurde bekanntlich die Botschaft zum neuen Verwaltungsgebäude in einem Paket behandelt. Schliesslich hatte ich die beiden Vorstösse schon am 11. Mai 2021 eingereicht. Die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme zum Postulat auf, was in den nächsten Jahren in der Region Sursee gebaut wird oder in Planung ist. Aus meiner Sicht haben die verschiedenen Ausbauvarianten im zweitwichtigsten Verkehrsknotenpunkt und Wirtschaftsmotor – also entlang der Y-Achse in der Region Sursee – mit dem Umzug der Lawa nichts zu tun. Die Umbauten und Erweiterungen sind allgemeine Aufgaben des Kantons und müssen auch ohne Umzug der Lawa erfüllt werden. Wirtschaftlich und finanzpolitisch macht der Umzug wenig Sinn. Zur Erinnerung: Vor einigen Jahren war es die Absicht der Regierung, die Autofahrprüfungen am Standort Sursee aufzuheben und nach Kriens zu verlagern. Die Mehrheit des Parlaments war damals gegen eine Verlagerung nach Kriens. Hauptgrund war, dass man keine Zentralisierung wollte. Erfreulich ist nun zu lesen, dass in Sursee die Autofahrprüfungen gestärkt werden. Weiter sollen in der Region Sursee sowie in anderen Regionen sogenannte Hubs errichtet werden, damit die Möglichkeit besteht, weiter am Arbeitsplatz in Sursee zu arbeiten. Warum dann eine Verlagerung an den Seetalplatz? Die SVP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass man den Standort Sursee beibehalten sollte. In der Kantonsverfassung steht schwarz auf weiss geschrieben: «Der Kanton erfüllt seine Aufgaben dezentral, wenn sie sich dafür eignen und der wirtschaftliche Einsatz der Mittel es erlaubt.» Genau das stimmt für den Standort der Lawa in Sursee. Aus meiner Sicht sehe ich keinen wirtschaftlichen Vorteil durch den Wegzug der Lawa aus Sursee, sondern nur ein Auffüllen der geplanten Flächen am Seetalplatz. Ich werde an meinem Postulat festhalten und hoffe auf eine breite Unterstützung.

Sabine Wermelinger: Die Fragen von Kantonsrat Pius Müller sind gemäss unserer Ansicht zufriedenstellend beantwortet. Aus regionalpolitischer Sicht scheint es auf den ersten Blick bedauerlich, dass Sursee die Lawa an den Seetalplatz verlieren soll. Aber für die Bevölkerung im ganzen Kanton ist es ein Gewinn, wenn die verschiedenen Dienststellen des

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes (BUWD) unter dem gleichen Dach vereint sind. Zwar zentralisiert das Verwaltungsgebäude am Seetalplatz die Verwaltung, aber mit den neuen Arbeitsformen und insbesondere mit den versprochenen Hubs und Co-Working-Spaces in den verschiedenen Regionen gewinnt die Landschaft wieder umso mehr dazu, was wichtig ist und auch Sursee zugutekommen wird. Die Bedeutung von Sursee als wirtschaftliches und kulturelles Regionalzentrum und als Dienstleistungszentrum ist unbestritten. Wie in der Antwort ausgeführt, investiert der Kanton in den Standort Sursee als Verkehrsknotenpunkt. Die Räumlichkeiten der Lawa in Sursee werden für neue Nutzungen frei, was allenfalls auch neue Steuerzahlende nach Sursee bringt, seien es Firmen oder Mitarbeitende. Die angekündigten Hubs oder Co-Working-Plätze sind sehr wichtig für die Regionen. Auch damit kann die Aufgabenerfüllung im Sinn der Kantonsverfassung bevölkerungsnah, wirksam und kostenbewusst erfolgen. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Josef Wyss: Ich danke der Regierung für die Beantwortung der beiden Vorstösse. Grundsätzlich unterstützen wir die Argumentationslinie der Regierung. Es gibt Gründe und Kriterien, die für eine Zentralisierung von Dienststellen sprechen. Anhand dieser Kriterien soll entschieden werden, was zentralisiert wird und was nicht. Die Kundenfreundlichkeit wird mit dieser Verlagerung nicht leiden, besuchen doch die wenigsten Landwirte und Waldbesitzer die Dienststelle physisch. Auch die Lawa ist in der digitalisierten Welt angekommen. Mit diesem Projekt der zentralen Verwaltung wollen wir die Effizienz der Verwaltung stärken. Ich muss Pius Müller widersprechen: Wir machen nicht nur eine Zügelaktion, sondern dahinter steht die Bestrebung, die Effizienz – nicht zuletzt der Lawa – zu stärken. Geben wir doch der Lawa die Chance, diese Effizienzsteigerung wahrzunehmen. Betreffend Schwächung der Region Sursee durch diesen Wegzug teile ich jedenfalls die Meinung der Regierung. Sursee und die Region boomen und sind wohl kaum auf die Lawa angewiesen. Die Privatwirtschaft wird wohl diese Lücke als Chance wahrnehmen, oder der Kanton wird diese Räumlichkeiten weiterhin beispielsweise als Hubs nutzen. Generell finde ich es wichtig, dass wir eine gewisse Flexibilität bewahren. Es könnte durchaus sein, dass es Sinn macht, die eine oder andere Dienststelle, die momentan noch nicht geplant ist, zukünftig auch in das zentrale Verwaltungsgebäude zu transferieren, immer dort, wo es Sinn macht und wo wir eine Effizienzsteigerung sehen. In diesem Sinn lehnt die Mitte-Fraktion das Postulat ab und folgt der Regierung.

Riccarda Schaller: Die GLP teilt die Auffassung der Regierung, dass der Umzug der Lawa an den Seetalplatz sinnvoll ist und für die Region Sursee aus unserer Sicht keine Nachteile entstehen und die Region nicht geschwächt wird. Wir unterstützen die Ablehnung des Postulats.

Fabrizio Misticoni: Die Thematik geistert gefühlt schon seit ewigen Zeiten auf der Traktandenliste umher. Inzwischen ist auch die Abstimmung zum neuen Verwaltungsgebäude schon länger erledigt. Wir teilen die Einschätzung der Regierung, dass der Umzug der Lawa kein überproportionaler Verlust an Kundennähe bedeuten würde, sondern im Gegenteil viele Vorteile hätte. Die Zusammenarbeit wird besser – insbesondere auch der informelle Austausch der Mitarbeitenden über die Departementsgrenze hinaus –, er führt zu weniger Doppelspurigkeiten, mehr Effizienz und zu einem grossen Mehrwert in der fachlichen Arbeit der Verwaltung. Das gilt insbesondere auch für die Lawa, die viele Querschnittsaufgaben und viele Abklärungen mit anderen Dienststellen hat. Wir begrüssen auch die Idee der regionalen Verwaltungshubs für Sursee, das Hinterland, das Seetal und das Entlebuch. Das ist neben der regionalen Verankerung und der Flexibilität für das Personal auch eine gute Möglichkeit, das Mobilitätsmanagement des Kantons besser umsetzen und gewisse Fahrten einsparen zu können. Die Regierung zeigt auch auf, dass die Region Sursee von ihr nicht vernachlässigt wird, erwähnt sei hier die Unterstützung des Bushubs und der Velostation am Bahnhof Sursee, ein eminent wichtiges Projekt für die Region und die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs. Die Region Sursee dankt Ihnen bereits jetzt für die Unterstützung des Kantonsbeitrags an einer der nächsten Sessionen. Wir teilen auch die Einschätzung, dass rechtliche Schritte gegen den Umzug beziehungsweise

eine Klage wegen Nichteinhaltung von § 13 der Kantonsverfassung nicht zu befürchten sind. Folgerichtig lehnen wir das Postulat ab.

Marianne Wimmer-Lötscher: Bei der Anfrage A 615 und dem Postulat P 639 kommt es mir vor, als ob der Vorstösser die Zeit aufhalten möchte. Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber ich habe in meinem doch nicht mehr ganz jungen Alter bis dato vielleicht zwei- oder dreimal ein Grundbuchamt persönlich aufgesucht. Daher sind für mich die Standorte nicht wirklich relevant. Vielmehr zählen für mich die Dienstleistungsangebote, auch die digitalen, sowie gute Kontaktmöglichkeiten und Öffnungszeiten. Das Verwaltungsgebäude am Seetalplatz wird sehr gut erschlossen sein, ob mit dem öV oder dem Auto. Der Regierungsrat führt in seinen Darlegungen die Vorteile der Integration ins Verwaltungsgebäude am Seetalplatz aus. Hier sehen wir nutzbare Synergien, die letztlich den Kundinnen und Kunden sowie der Qualität zugutekommen. Die SP unterstützt daher die Strategie des Regierungsrates und sieht auch § 13 der Kantonsverfassung nicht gefährdet. Ebenso ist für die SP die Stellungnahme des Regierungsrates zum Postulat P 639 stimmig. Das neue Verwaltungsgebäude liegt zentral und ist aus dem ganzen Kanton für die breite Kundschaft gut erreichbar, wovon nur ein Teil Bewirtschaftende von Landwirtschaftsbetrieben sind. Die Kundenkontakte finden überwiegend telefonisch, digital oder vor Ort bei den Kunden statt. Von der departements- und dienststellenübergreifenden Zusammenarbeit werden die Kunden profitieren. Es ist korrekt, dass die Arbeitsplätze der Lawa in Sursee verloren gehen. Der Kanton unterstützt Sursee aber als wirtschaftliches Regionalzentrum und als Dienstleistungsstandort mit neuen Projekten, wie es in der Stellungnahme des Regierungsrates ausgeführt wurde. Künftig werden in den Regionen des Kantons neue Hubs eingerichtet, die analog zur neuen Arbeitsweise im neuen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz die Möglichkeit bieten, auch in den Regionen arbeiten zu können. Die SP folgt dem Antrag des Regierungsrates und lehnt das Postulat einstimmig ab. Es wäre fatal, mit den neuen Potenzialen die Strukturen nicht zu überdenken und zu optimieren.

Armin Hartmann: Ich habe mich für die zentrale Verwaltung am Seetalplatz eingesetzt und mich als Co-Präsident im Abstimmungskampf engagiert. Gleichzeitig setze ich mich dafür ein – und das ist kein Widerspruch –, dass die Lawa in Sursee bleibt. Ich habe dafür fünf Gründe. Erstens die historische Geschichte, warum die Lawa in Sursee ist: Es ist wirklich noch nicht lange her, dass die Regierung mit Pauken und Trompeten und mit Stolz gesagt hat, die Lawa gehöre nach Sursee und müsse dezentralisiert werden. Kurz danach geht man jetzt in eine völlig andere Richtung, und mit Fatalismus behauptet man, die Lawa gehöre an den Seetalplatz. Das ist für mich politisch schlicht und einfach nicht stimmig. Zweitens aus regionalpolitischen Gründen: «Sursee – die zweite Kapitale des Kantons Luzern», so der Titel eines Buchs der ehemaligen Chefredaktorin der «Surseer Woche», Andrea Willimann. Aber was ist von der zweiten Kapitale des Kantons in den letzten Jahren übrig geblieben? Vieles ging weg, und die Kompensation, die von der Regierung in den Antworten aufgezeigt wurde, reicht mir einfach nicht. Drittens der thematische Kontext der Lawa zur Landschaft: Was gehört auf die Landschaft, wenn nicht die Lawa? Aus diesem Grund ist es richtig, die Lawa auf der Landschaft zu lassen. Viertens die Effizienz und Effektivität: Ich bin überzeugt, die Zahl der Transporte ist kleiner, wenn die Lawa auf der Landschaft bleibt, als wenn sie an den Seetalplatz zieht, weil es die thematische Nähe zu den Kunden gibt. Mir ist es wichtig, dass die Lawa nahe bei den Kunden ist. Das zählt für mich mehr als die Nähe zu anderen Dienststellen. All das, und das ist der fünfte Grund, hat auch die Regierung dazu bewogen, zuerst zu planen, dass die Lawa nicht an den Seetalplatz kommt. Sie alle haben die Unterlagen gesehen und durchgewunken und damit gesagt, dass es richtig ist, dass die Lawa nicht an den Seetalplatz zieht. Jetzt soll alles anders sein. Das Projekt Seetalplatz ist überhaupt nicht gefährdet, wenn wir die Lawa in Sursee lassen. Haben wir den Mut, auch im 21. Jahrhundert einen regionalpolitischen Entscheid zu fällen, und belassen wir den vielleicht letzten regionalpolitischen Leuchtturm in Sursee.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich möchte zuerst die organisatorische Frage von Pius Müller beantworten,

wieso diese Vorstösse nicht im Juni 2021 zusammen mit der Botschaft im Kantonsrat behandelt wurden. Ich muss offen gestehen, dass ich Ihnen die Details nicht aus dem Ärmel schütteln kann, aber ich stelle fest, dass Ihre Anfrage am 11. Mai eröffnet wurde, und das offensichtlich nicht dringlich. Daher bitte ich Sie um Verständnis, dass das nicht in einem Paket mit der Botschaft zum Verwaltungsgebäude am Seetalplatz im Kantonsrat behandelt wurde. Inhaltlich hatten wir ähnliche Vorstösse im Parlament und haben vergleichbare Antworten gegeben. Sie haben in Ihren Ausführungen zum Postulat gesagt, wirtschaftliche Gewinne seien keine erkennbar. Da bin ich mit Ihnen einverstanden, das ist aber auch nicht unsere Argumentation. Wir sind nach einer Überprüfung zum Schluss gekommen – und das wäre dann auch die Antwort auf die Ausführungen von Armin Hartmann –, dass die Synergievorteile, primär die Zusammenarbeit der Dienststelle Raum und Wirtschaft (Rawi) und der Lawa, einen Mehrwert bringen. Das war das entscheidende Argument für diesen Entscheid. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass dieser richtig ist. Das hat aber nichts mit einer grundsätzlichen Abkehr von der dezentralen Aufgabenerfüllung zu tun, wir haben das in unseren Antworten ausgeführt. Mit dem klaren Bekenntnis zu den Hubs in den Regionen haben wir bekräftigt, dass wir bereit sind, attraktive Arbeitsplätze in den Regionen aufrechtzuerhalten, um eine dezentrale Aufgabenerfüllung als verankertes Prinzip im Kanton Luzern auch weiterhin umsetzen zu können. Trotzdem bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.